

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 11.11.2015

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:12 Uhr
Ende:	18:54 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 23.09.2015	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates aus der Sit- zung vom 16.09.2015	
5.1.	Dringliche Anfrage - Umsetzung Fortführung Sozialticket Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS	1425/15

90/DIE GRÜNEN

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur

- 5.2. Dringliche Anfrage - Sozialticket im Verkehrsverbund Mittelthüringen **1435/15**
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Förderung von Vereinen und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege im Jahr 2015 **1937/15**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 7.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 21.10.2015 Diversity-Richtlinie für die Außendarstellung **2084/15**
BE: Vertreter Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 10.06.2015, Ergebnisbericht und Entwicklungskonzeption STZ - Stadtteilzentrum Herrenberg **1462/15**
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt
- 8.1.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Nutzung Stadtteilzentrum Herrenberg **1809/15**
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt
- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 23.09.2015, Versicherung für bürgerschaftliches Engagement **2077/15**
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt
9. Informationen
- 9.1. Modalitäten im Sozialamt in Erfurt **1657/15**

BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur

- 9.1.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung
aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Moda-
litäten im Sozialamt, hier: Geldkarten **1808/15**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur
- 9.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsun-
terbringung (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur
- 9.2.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung **1904/15**
aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom
26.08.2015 zum TOP 7.2.; hier: Flüchtlingsunterbringung,
Beschulung, Gesundheitsversorgung, Kosten
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur
- 9.2.2. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung **1810/15**
aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Flücht-
lingssituation
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur
- 9.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 7.1 Diversity-Richtlinie für die Außendarstellung (Drucksache 2084/15) wurde gemäß dem Schreiben vom 03.11.2015 in den nichtöffentlichen Teil, Tagesordnungspunkt 3.1, verschoben.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

**3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
23.09.2015**

genehmigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates aus der Sitzung vom 16.09.2015

- 5.1. Dringliche Anfrage - Umsetzung Fortführung Sozialticket 1425/15**
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, stellte folgende Nachfragen:

1. Die aktuelle Lösung sieht vor, dass die Nutzer des Sozialtickets zunächst in Vorkasse gehen und erst nach Ablauf des Nutzungszeitraumes eine Rückerstattung von 15 Euro erhalten. Existiert eine alternative Lösung, sodass die Nutzer nicht in Vorkasse gehen müssen?
2. Das Sozialticket für 55 Euro wird nur als Abonnement mit einer Mindestlaufzeit von 4 Monaten verkauft. Besteht die Möglichkeit gesonderte Konditionen zu schaffen und so das Sozialticket mit einer einmonatigen Laufzeit anzubieten?
3. Sie verwies auf die Drucksache zur über-/außerplanmäßigen Mittelbereitstellung¹ mit der Deckungsmöglichkeit über eine Senkung des Ansatzes bei der Ausgabenhaushaltsstelle für das Sozialticket in Höhe von 257 TEUR: Weist die gesunkene Zahl der Nutzer auf unattraktive Konditionen des Sozialtickets hin?

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, betonte, dass es derzeit keine Alternative zum vorgelegten Verfahren gibt, die eingestellten Gelder für das Jahr 2015 ausreichend seien und die zur Verfügung gestellten Mittel aus der Ausgabenhaushaltsstelle zur Deckung von gestiegenen Kosten für andere Maßnahmen aus dem sozialen Bereich benötigt werden. Prinzipiell sei das Sozialamt und das zuständige Dezernat an der Fortführung des Sozialtickets im kommenden Jahr interessiert. Es bestehe jedoch vor dem Hintergrund der gesamtstädtischen Haushaltssituation das Problem des bisher nicht beschlossenen Haushalts für das Jahr 2016. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass die Möglichkeit seitens der politischen Entscheidungsträger besteht, eine entsprechende Vorlage zur Fortführung des Sozialtickets im Jahr 2016 in der kommenden Stadtratssitzung am 18.11.2015 einzubringen.

Neben weiteren Wortmeldungen durch Herrn Engemann, sachkundiger Bürger und Herrn Kamieth, Fraktion DIE LINKE., die von Frau Thierbach beantwortet wurden, erkundigte sich Frau Kleimenhagen, sachkundige Bürgerin, inwieweit die im Januar erforderliche Rückzahlung für ein Sozialticket mit endender Gültigkeit im Dezember gesichert sei. Die Rückzahlung wurde von Herrn Kläser, Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, zugesichert.

zur Kenntnis genommen

¹ Red. Anm.: Drucksache 2106/15, 4. Über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2015

- 5.2. **Dringliche Anfrage - Sozialticket im Verkehrsverbund Mittelthüringen** 1435/15
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, erläuterte die in der Vergangenheit mehrmalig unternommenen Versuche seitens der Verwaltung zur Ausweitung des Gültigkeitsbereiches des Sozialtickets auf das gesamte Verbundgebiet Mittelthüringen. Da jedoch alle Mitglieder des Verbundes zustimmen müssen, konnte hier bislang kein Erfolg verzeichnet werden.

zur Kenntnis genommen

6. **Behandlung von Entscheidungsvorlagen**

- 6.1. **Förderung von Vereinen und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege im Jahr 2015** 1937/15
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Es gab keine Wortmeldungen. Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, rief die Drucksache 1937/15 zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Förderung der Projekte der Vereine und Verbände als Anteilsfinanzierung gemäß Anlage 1 wird beschlossen. Der Beschluss wird gefasst unter Vorbehalt der Veröffentlichung des durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigten Haushaltes.

[Hinweis: Die Anlage des Beschlusses wurde der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.]

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 7.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 21.10.2015 Diversity-Richtlinie für die Außendarstellung
BE: Vertreter Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister 2084/15

Siehe TOP 2.

kein Votum

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 10.06.2015, Ergebnisbericht und Entwicklungskonzeption STZ - Stadtteilzentrum Herrenberg 1462/15
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Der Tagesordnungspunkt 8.1 wurde gemeinsam behandelt mit den Tagesordnungspunkten 8.1.1 und 8.2.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, schlug eine Änderung des bestehenden Mietvertrages im Sinne einer Überlassung des Stadtteilzentrums an ehrenamtlich Engagierte vor.

Die Ausschussmitglieder waren sich uneins über die Interpretation der Stellungnahme des der Verwaltung hinsichtlich der Ermöglichung einer Gebrauchsüberlassung des Stadtteilzentrums an ehrenamtlich Engagierte. Die Notwendigkeit einer Änderung des Mietvertrages wurde nicht gesehen und folgende Festlegung wurde getroffen:

Drucksache 2633/15	Von Seiten des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung ist die Einbeziehung ehrenamtlich Tätiger im Stadtteilzentrum Herrenberg ausdrücklich gewollt und gewünscht. Es wird daher um eine verständlich formulierte Stellungnahme des Rechtsamtes der Stadtverwaltung zu der Frage gebeten, ob eine Überlassung an ehrenamtlich Engagierte möglich ist, wenn letztlich der Mieter (Plattform e. V.) gegenüber der Stadt für die Folgen dieser Tätigkeit verantwortlich ist. T: 02.12.2015 V: Nachhaltigkeitsmanagement, Rechtsamt
-----------------------	--

zur Kenntnis genommen

- 8.1.1. **Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Nutzung Stadtteilzentrum Herrenberg** 1809/15
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. **Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 23.09.2015, Versicherung für bürgerschaftliches Engagement** 2077/15
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1.

zur Kenntnis genommen

9. **Informationen**

- 9.1. **Modalitäten im Sozialamt in Erfurt** 1657/15
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam behandelt mit dem Tagesordnungspunkt 9.1.1.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, legte Konditionen und Vorteile der Geldkarte dar (siehe Stellungnahme des Amtes für Soziales und Gesundheit zur Drucksache 1808/15) und ergänzte, dass die Geldkarte ungültig wird, sollten drei Monate in Folge keine Überweisungen vorgenommen werden. Sie zeigte sich überrascht über die geringe Akzeptanz und die Nutzung der Geldkarte.

Herr Bauer, sachkundiger Bürger, erkundigte sich, ob die Gebühren vom Inhaber der Geldkarte getragen werden müssten, da ihm diese recht hoch erschienen. Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., teilte diese Ansicht und bedankte sich für das Engagement des Sozialamtes. Frau Thierbach teilte mit, dass die Gebühren zu Lasten des Karteninhabers gingen. Herr

Hauschild, sachkundiger Bürger, erwähnte im Vergleich die Gebühren anderer Banken von bspw. 1,50 Euro pro Transaktion.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., und Frau Kleimenhagen, sachkundige Bürgerin, erkundigten sich nach Verhandlungen des Sozialamtes mit weiteren Kreditinstituten neben der Sparkasse, die gegebenenfalls günstigere Konditionen anbieten könnten. Herr Kläser, Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, weist auf die Freiheit der Kreditinstitute in der Gestaltung ihrer Gebühren hin. Verhandlungen mit weiteren Kreditinstituten haben nicht stattgefunden.

Herr Bauer, sachkundiger Bürger, fragt nach einer bestehenden Verpflichtung der Kreditinstitute zum Angebot einer Geldkarte. Eine solche Pflicht besteht laut Frau Thierbach nicht.

zur Kenntnis genommen

- 9.1.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus 1808/15
der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Modalitäten im Sozialamt, hier: Geldkarten
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Siehe Tagesordnungspunkt 9.1.

zur Kenntnis genommen

- 9.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, führte zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt aus:

- bis zum 01.11.2015 waren wie mit dem Land Thüringen vereinbart keine weiteren Flüchtlinge in Erfurt angekommen
- die Erstaufnahmestelle Messe Erfurt konnte geschlossen werden und steht somit für Veranstaltungen zur Verfügung
- es wurden Verhandlungen mit der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen geführt, um eine Unterbringung von Menschen im Gebäude der Warsbergstraße 3 zu ermöglichen
- ab 10.11.2015 ist die Aufnahmekapazität des Objektes erschöpft
- die Unterkunft in der Warsbergstraße 3 wird derzeit im Wechsel einseitig bewohnt, während die jeweils unbewohnte Seite hergerichtet wird

- der Vertrag zwischen der Stadt und der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen hat eine Laufzeit von zwei Jahren, da die Entwicklungspläne für das Erfurter Brühl eine längere Laufzeit nicht zulassen
- eine Aufgabe der Nutzung als Notunterkunft hinsichtlich der Thüringenhalle und der Leichtathletikhalle ist vorgesehen, allerdings ist nicht absehbar wann diese umgesetzt werden kann
- der Betreibervertrag für das Gebäude der Weimarische Straße 119 wird parallel zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 11.11.2015 entschieden
- die Verhandlungen über das Gebäude am Roten Berg 5 wurden abgebrochen, da die finanziellen Forderungen des Verhandlungspartners nach Ansicht der Verwaltung zu hoch angesetzt waren
- die eigens eingerichtete Hotline der Landeshauptstadt Erfurt wird weiterhin im Wechsel durch vier Mitarbeiter betreut
- im Stöberhaus angemieteten Teil (ca. 1.000 m²) sind die Kapazitäten durch Kleidungsspenden erschöpft, dennoch besteht ein Bedarf an Herrenschuhen und -kleidung in den Größen S und M mit; hierzu erfolgt demnächst noch ein Aufruf im Amtsblatt
- an folgenden Standorten sollen möglichst ab Januar Wohncontainer mit abgeschlossenen Zimmern, Sanitäreinrichtung, Kochmöglichkeiten und Gemeinschaftsräumen aufgestellt werden: Färberwaidweg, Vollbrachtstraße, Im Gebreite, Heinrichstraße
- die am 27.10.2015 in Kraft getretene Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die eine geänderte Bestimmung sicherer Herkunftsländer beinhaltet, führt zu neuen Problemsituationen
- es befinden sich derzeit 166 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Erfurt
- die Landeshauptstadt operiert als Clearingstelle für den Freistaat
- die Inobhutnahme und Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wird durch Bestimmungen des Landes Thüringen geregelt

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für die Ausführungen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich nach dem Stand der Verhandlungen über die Unterbringung von Flüchtlingen in der Erfurter Landstraße (Stotternheim) und im sog. Zentrallager. Frau Thierbach erklärte, dass in diesem Fall zwei Gebäude in Einheit zur Miete angeboten wurden. Es wurde den Anwohnern jedoch zugesagt, nur ein Haus zu nutzen. Daher wurden die Objekte nicht angemietet. Im sog. Zentrallager wird es keine Unterkunft geben, so Frau Thierbach.

Des Weiteren, legte Frau Stange dar, dass Sportvereine verunsichert seien hinsichtlich der versicherungsrechtlichen Regelung im Fall einer Verletzung eines minderjährigen Flüchtlings, welcher am Training teilnimmt, kein Mitglied des Vereins sei und wie sich die Mitarbeiter zu verhalten hätten, wenn dieser in ein Krankenhaus eingeliefert werden müsste. Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, verwies auf Regelungen des Landessportbundes Thüringen.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich nach der mittel-/ bzw. langfristigen Strategie in Bezug auf Unterbringung in Einzelunterkünften bzw. Gemeinschaftsunterkünften. Frau Thierbach führte hierzu aus, welche Objekte und wie viele Wohneinheiten hierfür derzeit zur Verfügung stehen und an welchen Stellen aktuell bauliche Maßnahmen durchgeführt werden, um in Zukunft weiteren Wohnraum, nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Menschen in besonderen Lebenslagen, zur Verfügung zu stellen.

- 9.2.1. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus 1904/15
der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom
26.08.2015 zum TOP 7.2.; hier: Flüchtlingsunterbringung,
Beschulung, Gesundheitsversorgung, Kosten
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur**

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, erklärte, dass im Dezember eine Information des Landes aufgrund einer landesweiten Abfrage aller Schulen durch das Bildungsministerium mit Stand 21. Oktober vorliegen soll und in Kopie durch sie nachgereicht wird. Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur verwies ergänzend auf die landesrechtlichen Regelungen zum Ende der Schulpflicht. Teilweise werden Flüchtlinge derzeit durch Berufsschulen bzw. private Bildungsträger betreut.

zur Kenntnis genommen

- 9.2.2. Vertagung aus der Sitzung vom 23.09.2015 Festlegung aus 1810/15
der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Flücht-
lingssituation
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-
dung und Kultur**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

9.3. Sonstige Informationen

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich bedauerte, dass keine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport stattfinden wird. Sie schlägt vor, die Träger der Sozialbetreuung für die städtischen Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge einzuladen, um diesen die Möglichkeit zu geben, mögliche Problemlagen darzulegen.

Folgende Aussagen wurden diskutiert:

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich schlug vor, auch Träger weiterer Integrationsmaßnahmen, zum Beispiel die Caritas oder die Diakonie, zu laden. Mit Hinweis auf die hohe Zahl der beteiligten Vereine und deren Vernetzung, bestand Einigkeit darin, zunächst die fünf vertraglich für die Sozialbetreuung gebundenen Träger der städtischen Gemeinschaftsunterkünfte MitMenschen e.V., HUMAN-CARE GmbH, Grone Bildungszentrum Erfurt, Internationaler Bund und den Landesfamilienverband zu laden.

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, gab zu bedenken, dass es möglicherweise nicht zielführend wäre die Träger ohne konkrete Fragestellung zu laden und schlug vor, vorab eine schriftliche Stellungnahme der Träger einzuholen, um den Umfang der Präsentation im Ausschuss zu entlasten. Die Notwendigkeit einer schriftlichen Stellungnahme, wurde mit Verweis auf die derzeitige hohe Belastung der Träger von Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., in Frage gestellt. Herr Mroß, Fraktion SPD, betonte, dass keine komplexe Stellungnahme verlangt sei. Die Ausschussmitglieder zeigten sich positiv gegenüber einer Begrenzung der Redezeit, sodass eine schriftliche Stellungnahme zur Ergänzung beitragen könnte, wenn Inhalte der mündlichen Darstellung aus Zeitgründen gekürzt werden müssen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., sprach sich dafür aus, den Trägern die freie Entscheidung darüber zu überlassen, wen sie als Vertreter entsenden möchten.

In der Terminfrage wurden die Sitzungen am 02.12.2015 und am 03.01.2016 zur Abstimmung gestellt. Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, favorisierte mit Verweis auf die Dringlichkeit die Sitzung am 02.12.2015. Die Ausschussmitglieder stimmten mehrheitlich mit vier von sieben Stimmen für den 02.12.2015.

Abschließend wurde folgende Festlegung getroffen:

Drucksache 2635/15	Die Träger der Sozialbetreuung in den städtischen Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge (MitMenschen e.V., HUMAN-CARE GmbH, Grone Bildungszentrum Erfurt, Internationaler Bund und der Landesfamilienverband) sind zur Sitzung am 02.12.2015 zu einer Anhörung zu laden. Die Träger bzw. die gesandten Vertreter werden gebeten, in einer Redezeit von ca. 10 Minuten die derzeitige Situation, Fragen und Problemlagen sowie aktuelle Bedarfe hinsichtlich der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen darzulegen. Die Träger erhalten die Möglichkeit ihren Beitrag durch eine Präsentation (zum Beispiel durch PowerPoint) zu unterstützen oder sich bei Bedarf im Vorfeld schriftlich zu äußern. T.: 02.12.2015 V.: Bereich OB
-----------------------	---

Im weiteren Verlauf informierte Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, über einen Sachverhalt, der an sie herangetragen wurde und bat um Stellungnahme durch die Verwaltung, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.²

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, beendete die öffentliche Sitzung.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in

² red. Anmerkung: Die Fragestellung ist Bestandteil der DS 2629/15, welche im nicht öffentlichen Teil der nächsten Sitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung gesetzt wird